

1 Sachantrag des Bezirksvorstandes der CDU Ostfriesland an den CDU-Bezirksparteitag 2023

2 Der Bezirksparteitag der CDU Ostfriesland möge beschließen:

### 3 **Jüdisches Leben in Deutschland schützen – Antise-** 4 **mitismus konsequent vorbeugen und bekämpfen!**

5  
6 Wir Christdemokraten haben eine klare und eindeutige Haltung: Wir verurteilen den Terror-  
7 angriff der Hamas auf den Staat Israel, das Ermorden und die Entführungen von Menschen  
8 auf das Schärfste. Wir sind fassungslos über den grausamen Tod unzähliger Menschen und  
9 das große, unbeschreibliche Leid, dass die HAMAS-Terroristen über Israel und über die  
10 Menschen im Gaza-Streifen gebracht haben. Jede Relativierung dieses Massakers verbietet  
11 sich. Wir sind besorgt über die fehlende Hoffnung und Perspektive der Zivilbevölkerung auf  
12 Sicherheit und Frieden.

13 Wir wenden uns entschieden gegen jegliche Form der Verharmlosung und Unterstützung  
14 der HAMAS und ihrer Verbündeten. Hierfür und für jede Form von Antisemitismus und Is-  
15 rael-Feindlichkeit gibt es keinen Platz in unserem Land.

16 Seit über 1700 Jahren prägen Menschen jüdischen Glaubens die Kultur und Geschichte  
17 Deutschlands und Niedersachsens entscheidend mit. Das jüdische Leben gehört zu unse-  
18 rem Land und bereichert durch seine Vielfalt und kulturelle Prägekraft unser Zusammenle-  
19 ben. Der Zivilisationsbruch der Shoah durch das nationalsozialistische Deutschland ver-  
20 pflichtet uns zur Auseinandersetzung mit der NS-Schreckensherrschaft, zum Gedenken an  
21 die Opfer und den nachhaltigen Schutz jüdischen Lebens.

22 Die jüngsten abscheulichen islamistischen Terrorangriffe der HAMAS und ihrer Unterstützer  
23 vom 7. Oktober 2023, das bestialische Abschlachten und die Entführung von Zivilisten füh-  
24 ren uns eindringlich vor Augen, wie bedroht der Staat Israel ist. Die Sicherheit Israels aber  
25 ist Teil deutscher Staatsräson. Das Selbstverteidigungsrecht Israels muss daher außer  
26 Frage stehen, und Deutschland muss nach unserer Auffassung den Staat Israel bei der  
27 schweren Aufgabe der Wiederherstellung seiner Sicherheit und im Kampf gegen die Terro-  
28 risten im Gaza-Streifen unterstützen.

29 Die blutigen Gewalttaten der HAMAS-Terroristen haben eine Gewalteskalation im Nahen  
30 Osten ausgelöst und stehen beispielhaft für einen virulenten Judenhass in der islamistischen  
31 Extremistenszene weltweit. Der Hauptunterstützer der HAMAS, das islamistische Regime im  
32 Iran, schürt weit über den Nahen Osten hinaus antisemitische Hetze und Umtriebe, auch bei  
33 uns in Deutschland. Die kriegerischen Auseinandersetzungen in Israel haben Auswirkungen  
34 auf das jüdische Leben bis nach Niedersachsen. Jüdische Bürgerinnen und Bürger sind tief  
35 verunsichert und in Sorge um ihre Sicherheit.

36 So nehmen wir mit Besorgnis zur Kenntnis, dass die Zahl antisemitischer Straftaten in  
37 Deutschland hoch bleibt. Das Bundeskriminalamt (BKA) hat im ersten Halbjahr 2023 bereits  
38 960 Straftaten, darunter 25 Gewaltdelikte, mit jüdenfeindlichem Hintergrund registriert. Seit  
39 dem 7. Oktober 2023, dem Angriff der Terrororganisation HAMAS auf Israel, zählte der Bun-  
40 desverband der Recherche und Informationsstellen Antisemitismus (RIAS) in Deutschland  
41 insgesamt 202 antisemitische Vorfälle.<sup>1</sup> Dies unterstreicht, wie elementar der Schutz jüdi-  
42 schen Lebens ist. Antisemitismus ist ein hochgradig dynamisches, zutiefst menschenfeindli-  
43 ches Phänomen. Es gibt ihn in vielgestaltigen Erscheinungsformen und aufgrund unter-  
44 schiedlicher politischer, religiöser oder anderer Motivation.

45 Als Reaktion auf den Terrorakt vom 7. Oktober 2023 wurde Hass gegen Juden und den  
46 Staat Israel offen auf deutschen Straßen kundgetan. In Berlin haben auf Kundgebungen mit  
47 Beteiligung des Samidoun-Netzwerkes, welches der linksextremen Palästinenserorganisa-  
48 tion PFLP („Volksfront zur Befreiung Palästinas“) nahesteht, Demonstranten die Terroran-  
49 schläge der HAMAS gegen Israel regelrecht gefeiert. Solche Bilder auf deutschen Straßen  
50 entwürdigen die Opfer des Terrors und sind eine Schande für unser Land.

51 Gerade in einer Einwanderergesellschaft wie der unsrigen dürfen israel- und jüdenfeindliche  
52 Bestrebungen keinen Raum einnehmen und unser Land polarisieren. In diesem Zusammen-  
53 hang darf nicht verschwiegen werden, dass nach einer aktuellen repräsentativen Erhebung

---

<sup>1</sup> SZ vom 19.10.2023

54 der Konrad-Adenauer-Stiftung antisemitische Einstellungen unter den in Deutschland leben-  
55 den Muslimen signifikant stärker ausfallen, als im Bevölkerungsdurchschnitt.<sup>2</sup> Dieser Befund  
56 darf nicht aus falsch verstandener Toleranz verschwiegen werden, sondern er muss Teil ei-  
57 ner kritischen Auseinandersetzung mit Antisemitismus in unserer Gesellschaft sein. Antise-  
58 mitisches Gedankengut darf in unserem Land keinen Platz haben.

59 Zugleich ist von immenser Bedeutung, dass der Konflikt im Nahen Osten nicht dazu führt,  
60 dass das Zusammenleben von Muslimen und Juden in Deutschland weiter beeinträchtigt  
61 wird. Wir begrüßen den gemeinsamen Appell der palästinensischen Gemeinde Hannover  
62 und des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinde von Niedersachsen gegen Terror und  
63 Antisemitismus und für Toleranz. Hierbei handelt es sich um ein vorbildliches Signal, das für  
64 ein respektvolles Miteinander steht.

65 Erhebliche Gefahren in Bezug auf Antisemitismus gehen auch weiterhin von rechtsextremen  
66 Gruppierungen und Netzwerken aus, in deren Ideologie der Hass auf Juden ein fester Be-  
67 standteil ist. Außerdem werden antisemitische Stereotype durch den harten Kern der sog.  
68 Querdenkerszene bedient. In diesem Phänomenbereich sind auch Schnittmengen zu rechts-  
69 extremen Bestrebungen und der sog. Reichsbürger-Bewegung klar erkennbar. Die lange  
70 Phase der Corona-Pandemie sowie der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine haben  
71 Verschwörungsideologien und antisemitischen Tendenzen vor allem im digitalen Raum ei-  
72 nen enormen Auftrieb gegeben.

73 Die CDU Ostfriesland setzt sich nachdrücklich für ein konsequentes, verstärktes und ganz-  
74 heitliches Vorgehen gegen alle Formen des Antisemitismus ein. Hierzu gehören präventive  
75 wie repressive Maßnahmen. Antisemitismus in allen Ausprägungsformen, gleich aus wel-  
76 chen Motiven, ist eine tiefgreifende Herausforderung für unsere freiheitliche demokratische  
77 Gesellschaft.

78 Wir begrüßen in diesem Zusammenhang die Berufung eines Landesbeauftragten gegen An-  
79 tisemitismus und für den Schutz jüdischen Lebens durch die Landesregierung im Jahr 2019,  
80 der durch sein vielfältiges Wirken in der Öffentlichkeit auf die Bedeutung sowie den Schutz  
81 jüdischen Lebens in Niedersachsen konsequent aufmerksam macht, als Ansprechpartner für  
82 von Antisemitismus Betroffenen zur Verfügung steht und sich für eine bessere Vernetzung  
83 von Akteuren sowie Unterstützungs- und Präventionsangeboten einsetzt. Wir begrüßen dar-  
84 über hinaus die Bestrebungen, mit einem Dachverband der Gesellschaften für christlich-jüdi-  
85 sche Zusammenarbeit die Arbeit gegen antisemitische Tendenzen und für eine intensive Er-  
86 innerungskultur in ganz Niedersachsen noch breiter und professioneller zu etablieren.

87 Zudem begrüßt die CDU Ostfriesland die zahlreichen, bereits ergriffenen Maßnahmen im  
88 Handlungsfeld Antisemitismusprävention. Hierbei ist es besonders wichtig, dass antisemiti-  
89 sche Vorfälle auch unterhalb der Schwelle strafrechtlicher Relevanz in Niedersachsen lü-  
90 ckenlos dokumentiert werden. Dies stellt die im Jahr 2020 eingerichtete und über den Lan-  
91 despräventionsrat geförderte RIAS Niedersachsen sicher. RIAS ist ein wesentlicher Baustein  
92 für eine ganzheitlich angelegte Arbeit bei der Antisemitismusprävention. In Anbetracht der  
93 Bedrohungen für Jüdinnen und Juden durch rechtsgerichtete, linksgerichtete und religiös be-  
94 gründete Radikalisierungsprozesse in unserer Gesellschaft kommt professionellen, landes-  
95 weit ausgerichteten Beratungsangeboten eine hohe Bedeutung zu.

96 Ferner begrüßt die CDU Ostfriesland die Einrichtung der Zentralstelle zur Bekämpfung von  
97 Hasskriminalität im Internet bei der Staatsanwaltschaft Göttingen, die zum 1. Juli 2020 ihre  
98 Arbeit aufgenommen hat. Die strafrechtliche Verfolgung von Personen, die insbesondere in  
99 sozialen Netzwerken Fremdenhass und antisemitische Hetze verbreiten, ist ein elementarer  
100 Baustein bei den repressiven Maßnahmen. Es darf im Internet keine rechtsfreien Räume für  
101 antisemitische Parolen sowie Hass und Hetze gegen Jüdinnen und Juden geben.

102 I. Vor diesem Hintergrund fordert die CDU Ostfriesland darüber hinaus,

- 103 1. mit der anstehenden Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts, Ausländerinnen und  
104 Ausländern, die das Existenzrechts Israels ablehnen bzw. erwiesenermaßen Antise-  
105 miten sind, die deutsche Staatsangehörigkeit zu verwehren.
- 106 2. die Rechtsgrundlagen zu schaffen, um Doppelstaatlern die deutsche Staatsangehö-  
107 rigkeit zu entziehen, wenn Straftaten mit Antisemitismusbezug begangen werden.

---

<sup>2</sup> KAS-Monitor „Antisemitische Einstellungen in Deutschland“, Juli 2023, von Dominik Hirndorf, S. 9  
Seite 2

- 108 3. das Asyl- und Aufenthaltsrecht derart zu ändern, dass Ausländerinnen und Auslän-  
109 der mit nachweislich antisemitischem Gedankengut keine Asylberechtigung und kei-  
110 nen Flüchtlingsstatus erhalten bzw. ausgewiesen werden können, wenn diese Straf-  
111 taten mit Antisemitismusbezug begangen haben.
- 112 4. den von Bundesinnenministerin Faeser aufgelösten Expertenkreis Politischer Is-  
113 lamismus (EPI) wieder einzusetzen.
- 114 5. die vom Bund betriebenen Vereinsverbotsverfahren der terroristischen HAMAS und  
115 des Samidoun-Netzwerkes in Deutschland sowie anderer Vereine, die antisemiti-  
116 sche Hetze verbreiten, schnellstmöglich zum Abschluss zu bringen.
- 117 6. das vom Verfassungsschutz beobachtete Islamische Zentrum in Hamburg (IZH), das  
118 als Knotenpunkt von Aktivitäten des iranischen Staates in Deutschland dient, zu ver-  
119 bieten.
- 120 7. die iranischen Revolutionsgarden als terroristische Vereinigung durch die EU einzu-  
121 stufen.
- 122 8. die Recherche und Informationsstellen Antisemitismus (RIAS) Niedersachsen weiter  
123 auszubauen und deren Arbeit zu verstetigen.
- 124 9. den Landesbeauftragten gegen Antisemitismus und für den Schutz jüdischen Le-  
125 bens weiterhin bei seiner wichtigen Tätigkeit zu unterstützen und mit ausreichend  
126 Personal- und Sachmitteln auszustatten.
- 127 10. rechtsextreme, linksextremistische und islamistische Netzwerke in Niedersachsen  
128 verstärkt zu überwachen und die bestehenden Beratungs- und Ausstiegsprogramme  
129 auszubauen.
- 130 11. die rechtsextremen und antisemitischen Teile verschwörungsideologischer Szenen,  
131 insbesondere „Querdenker“ und „Reichsbürger“ mit Blick auf Netzwerke und Struktu-  
132 ren verstärkt zu überwachen und wirkungsvolle Präventionsangebote zu entwickeln.
- 133 12. die Arbeit des Landespräventionsrates mit Blick auf pädagogische Fachkräfte, Ju-  
134 gendliche und ihr familiäres Umfeld um zielgruppenspezifische Präventionsmaßnah-  
135 men zu erweitern und dabei insbesondere die Aufarbeitung des Nahostkonflikts stär-  
136 ker in der Präventionsarbeit zu verankern.
- 137 13. praxisorientierte Fortbildungs- und Unterstützungsangebote für Lehrkräfte und päda-  
138 gogische Fachkräfte im Themenfeld Antisemitismus/Nahost-Konflikt vorzuhalten, um  
139 für Konfliktlagen an Schulen gewappnet zu sein.
- 140 14. das vom Landespräventionsrat geförderte Netzwerk von lokalen Fachstellen der Ra-  
141 dikalisierungsprävention auszubauen, um gezielt der Verbreitung von islamistisch  
142 motiviertem Antisemitismus und Israelfeindlichkeit, u. a. durch die sog. BDS-Kam-  
143 pagne gegen Israel (Boycott, Desinvestitionen und Sanktionen), entgegenzuwirken.
- 144 15. die Antisemitismus-Prävention durch gezielte Projekte in Verbindung mit muslimi-  
145 schen Gemeinschaften bzw. Akteuren fortzuentwickeln und zu stärken.
- 146 16. israelfeindliche und antisemitische Bekundungen auf Demonstrationen in Nieder-  
147 sachsen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterbinden und Straftaten  
148 konsequent zu verfolgen sowie Demonstrationen im Vorfeld zu verbieten, sofern  
149 eine unmittelbare Gefahrenlage festgestellt werden kann, dass es anlässlich der  
150 Versammlung zu Straftaten kommt.
- 151 17. den polizeilichen Schutz für jüdische Einrichtungen in Niedersachsen umgehend und  
152 nachhaltig zu verstärken.